

Ausbau wird im Richtplan verankert

Der Landrat stellt sich hinter die Entwicklungsplanung Leimental-Birseck-Allschwil

Von Thomas Dähler

Liestal. Der Rückweisungsantrag der Grünen zur Entwicklungsplanung Leimental-Birseck-Allschwil (Elba) ist gestern im Landrat chancenlos geblieben. Mit 48 zu 33 Stimmen hat der Landrat die Richtplan-Anpassungen gemäss der Variante Ausbau beschlossen und den Planungskredit von 11,2 Millionen Franken bewilligt. Für den Zubringer Allschwil wurden zudem 4,5 Millionen Franken gesprochen, damit ein Vorprojekt ausgearbeitet werden kann.

Vergeblich plädierte Klaus Kirchmayr (Grüne) dafür, Elba an die Regierung zurückzuweisen und von dieser ein Finanzierungskonzept für die Realisierung der in der Planung enthaltenen Projekte zu verlangen. Kirchmayr stellte sich dabei eine Fonds-Lösung wie auf Bundesebene vor. «Erst ab 2025 kann der Kanton überhaupt daran denken, finanzielle Mittel dafür freizustellen»,

sagte Kirchmayr und rief die desolote Finanzlage in Erinnerung. Kirchmayr beschwor den Landrat, «keine grossen Kisten» mehr zu beschliessen, die nicht finanzierbar seien: «Wir müssen aufhören, den Wunsch als Vater des Gedankens zu sehen». Auch Stefan Zemp (SP) plädierte für «Augenmass statt Grössenwahn».

Dass die Finanzierung der einzelnen Projekte eine Herausforderung sei, stellten auch die Bürgerlichen nicht in Abrede. «Wir haben aber gar keine Wahl», meinte Christof Hiltmann (FDP): «Die Frage ist nicht, ob wir das finanzieren wollen, sondern wie.» Christoph Buser (FDP) wies auf den volkswirtschaftlichen Schaden hin, der wegen der fehlenden Infrastruktur drohe. Regierungsrätin Sabine Pegoraro erklärte, der Regierungsrat habe verschiedene Finanzierungsvarianten in der Planung. Sie sei sich bewusst, dass die Finanzierung der Projekte

sichergestellt werden müsse. Kirchmayrs Rückweisungsantrag scheiterte mit 33 zu 49 Stimmen.

Im Grundsatz erhielt die Entwicklungsplanung dennoch keine schlechten Noten. Uneinigkeit zwischen links und rechts herrschte wie erwartet bei der Varianten-Wahl. «Es geht um zwei

kritisierte, der Fokus auf drei Gemeinden ziele an der Realität vorbei. Fachlich und planerisch seien die beiden Varianten gleichwertig, erklärte Martin Rüegg (SP). Wenn seine Partei zur Variante Ausbau Nein sage, sei das nicht Fundamentalopposition gegen Elba.

Demgegenüber stellten sich SVP, FDP und CVP «voll und ganz», wie es Sandra Sollberger (SVP) ausdrückte, hinter die Variante Ausbau. Felix Keller plädierte für die Variante Ausbau, weil sie einen grösseren wirtschaftlichen Nutzen verspreche. Regierungsrätin Pegoraro zeigte sich glücklich über den Abschluss der Planungsarbeit: «Elba ist ein Meilenstein in der Entwicklung unserer Verkehrsinfrastruktur.» Der Entscheid fiel deutlich zugunsten der Ausbauvariante aus. Ergänzend zu Elba finden in den kommenden drei Jahren noch Gespräche über Verkehrslösungen für die Gemeinden Therwil und Oberwil statt.



Landrat

Berichterstattung aus dem Baslerbieter Parlament

verschiedene Philosophien», sagte Christine Koch (SP), die für die Variante Umbau eintrat. «Wir sind gegen Wasserkopf-Gemeinden», sagte sie. Der Kanton Baselland brauche mit der Variante Umbau eine Weiterentwicklung der bestehenden Strukturen und nicht einen einseitigen Fokus auf die drei Gemeinden Allschwil, Reinach und Münchenstein. Daniel Altermatt (GLP)

Kommentar

In die Zukunft investieren

Von Thomas Dähler



Selbstverständlich ist es richtig, dass das grösste Problem bei der Umsetzung der einzelnen Projekte im Gebiet Allschwil-Birseck-

Leimental deren Finanzierung ist. Doch es wäre der falsche Ansatz, Richtpläne nur noch zu beschliessen, wenn die darin enthaltenen Möglichkeiten bereits mit einem Finanzierungskonzept und in Projektreife vorliegen müssten. Die mit der Elba-Variante Ausbau verbundenen Absichtserklärungen sind vor allen Dingen ein wichtiges und notwendiges Zeichen an die Adresse jener, die im betroffenen Gebiet Investitionen tätigen möchten.

Die unter dem Namen Elba laufende Entwicklungsplanung ist kein Bauprojekt, sondern eine planerische Perspektive. Eine solche braucht es, wenn eine wirtschaftliche Weiterentwicklung in den Agglomerationsgemeinden erwünscht ist. Dafür wird der Kanton bei jedem einzelnen Projekt einen Finanzierungsweg finden. Ohne Investitionsanstrengung ist wirtschaftliche Weiterentwicklung nicht möglich. Mit der heutigen Infrastruktur jedenfalls bliebe sie illusorisch.

Am dringendsten ist der Bau des Zubringers Allschwil. Im Gebiet Bachgraben ist sichergestellt, dass sich die Investition mehr als lohnt. Eine Blockierung käme dort einem Eigentümer gleich. Das Ja des Landrats ist trotz der finanziellen Vorbehalte ein Hoffnungsschimmer für den Landkanton und ein Zeichen an den Kantonsteil mit dem grössten Zukunftspotenzial.

thomas.daeher@baz.ch

Werthmüller verlässt Grüne

Klärendes Gespräch blieb aus

Von Alessandra Paone

Liestal. Regina Werthmüller wirkte gestern im Landrat erleichtert. Als ob ihr ein Stein vom Herzen gefallen wäre. Die Sissacher Landrätin hatte am Mittwochabend ihren Austritt aus der Grünen Partei bekannt gemacht. Es sei die logische Konsequenz auf die zunehmenden innerparteilichen Spannungen der letzten Monate. «Es war der folgerichtige Schritt – jetzt öffnen sich mir politisch neue Möglichkeiten, auf die ich mich freue», sagt sie zur BaZ.

Werthmüller war bei den Grünen in Misskredit geraten, weil sie den Parteiausschluss von Jürg Wiedemann öffentlich kritisiert und darauf die Fraktion verlassen hatte. Ihr Entscheid löste heftige Reaktionen aus – vor allem bei Maya Graf. «Regina Werthmüller ist für mich die grösste Enttäuschung», sagte die Grünen-Nationalrätin aus Sissach Anfang April in der BaZ. Sie bedauere Werthmüllers Kurzschlusshandlung und erwarte eine Erklärung.

Graf hat Gespräch verweigert

Die beiden Frauen hatten im Winter gemeinsam auf der Strasse in Sissach Stimmen für die Liste 7 gesammelt, die Werthmüller am 8. Februar die Wiederwahl in den Baslerbieter Landrat sicherten. Dieser Sitz hat für Maya Graf einen besonderen Wert, zumal sie ihn 1995 für die Grünen erobert hatte. Nun wandert er zusammen mit jenem von Wiedemann zur neu gegründeten Fraktion Grünliberale und Grüne-Unabhängige.



Regina Werthmüller.

Noch so gerne hätte Werthmüller ihrer ehemaligen Weggefährtin «diesen notwendigen Entscheid» erläutert. Mehrfach habe sie deshalb das Gespräch gesucht, doch Graf habe nicht darauf reagiert. «Statt schriftlich wollte ich die Angelegenheit persönlich mit ihr besprechen», sagt Werthmüller. Sie könne Graf Verhalten nicht nachvollziehen und habe das auch nicht erwartet. «Sie ist enttäuscht, weil ihr Nationalratsitz wackelt.»

Die zwei Frauen werden sich jedoch nicht vollkommen aus dem Weg gehen können. Werthmüller bleibt nämlich weiterhin Mitglied der Sissacher Ortsgruppe Stechpalme, der Graf ebenfalls angehört. Einer anderen Partei möchte sich Werthmüller im Moment nicht anschliessen und bleibt vorerst parteilos. In der kommenden Legislatur will sie ihre neue Fraktion in der Volkswirtschafts- und Gesundheitskommission sowie in der Geschäftsprüfungskommission vertreten. Neben der Bildungspolitik werde sie sich künftig vermehrt auch im Gesundheitsbereich aktiv einbringen, kündigt Werthmüller in einer Mitteilung an.



Individuelle Bildung. Die Kantonsbibliothek ist eine der zentralen Kulturinstitutionen des Baselbiets. Foto Pino Covino

Kulturförderungsgesetz unter Dach

Der Verlag des Kantons Basel-Landschaft bleibt im Erlass erwähnt

Von Thomas Gubler

Liestal. Das Kulturförderungsgesetz des Kantons Baselland ist verabschiedet. Geradezu überraschend deutlich mit 70 zu 2 Stimmen sagte der Landrat gestern in der Schlussabstimmung Ja zum neuen Erlass. Und dies nachdem in der ersten Lesung vor zwei Wochen männiglich noch von einer Volksabstimmung ausgegangen war, weil man ein Vierfünftelmehr für nahezu ausgeschlossen hielt. Die SVP und einzelne Freisinnige schienen dieses Gesetz für unnötig zu halten.

Bei der gestrigen zweiten Lesung sah dann alles anders aus. Zwar erklärte Sven Inäbnit namens der FDP erneut, der Verlag des Kantons Basel-Landschaft gehöre in diesem Gesetz nicht erwähnt. Er verzichtete indessen auf einen entsprechenden Antrag.

Hingegen wiederholte Hans-Jürgen Ringgenberg den SVP-Antrag, wonach

der siebenköpfige Kulturrat nicht von der Regierung, sondern vom Landrat gewählt werden solle. «Denn dieses Gremium befindet über ziemlich umfangreiche finanzielle Mittel», sagte Ringgenberg. Und wie schon vor zwei Wochen widersetzte sich die SP dem Antrag. «Wir wollen nicht, dass die Kultur auch noch verpolitisiert wird», sagte Christoph Hänggi. Mit 27 Ja zu 49 Nein scheiterte der SVP-Antrag schliesslich relativ deutlich.

Ein Rahmengesetz

Das Kulturförderungsgesetz ist ein Rahmengesetz, das im Wesentlichen die bisherigen Aktivitäten im Kanton zugunsten der Kultur sowie die Eckwerte und Instrumente der kantonalen Kulturförderung gesetzlich fest schreibt. So werden als kulturelles Grundangebot die Kantonsbibliothek, das Kantonsmuseum, die Kantonsarchäologie, die Römerstadt Augusta

Raurica und der Verlag des Kantons namentlich erwähnt.

Das neue Kulturförderungsgesetz ersetzt das Gesetz über die Leistung von Beiträgen zur Förderung kultureller Bestrebungen aus dem Jahr 1963, welches ein reiner Subventionserlass ist. Demgegenüber steht im Zentrum des neuen Erlasses eine integrale und umfassende Kulturförderung sowie die Erforschung und Bewahrung des kulturellen Erbes.

Der Weg zu seiner Verabschiedung war lang und hürdenreich. Ein erster Entwurf mit dem Namen «Kulturgesetz» wurde vom Landrat am 12. November 2009 an den Regierungsrat zurückgewiesen mit dem Auftrag, zuerst ein Kulturleitbild zu erarbeiten. Dieses wurde dann nach einem breit abgestützten Erarbeitungsprozess am 19. Juni 2013 der Öffentlichkeit vorgestellt. Das Kulturförderungsgesetz basiert auf diesem Leitbild.

Kein Bekenntnis zum Bruderholzspital

Der Landrat will sich bei der Behandlung der Petition zur Rettung des Spitals nicht festlegen

Von Thomas Dähler

Liestal. Der Landrat hat es gestern mit 46 zu 23 Stimmen abgelehnt, sich zum Standort Bruderholz des Kantonsspitals Baselland zu bekennen. Bei der Behandlung der Petition «Rettet das Bruderholzspital» beschränkte sich der Rat darauf, diese zur Kenntnis zu nehmen. Mit dem Entscheid stellte sich das Parlament gegen die Petitionskommission, die sich einstimmig hinter das Bruderholzspital stellte und die Petition «wohlwollend» zur Kenntnis nehmen wollte.

Die SVP blieb mit dem Bekenntnis zum Standort Bruderholz allein. Georges Thüring, der «grosse Sympathie» für die Petenten hatte, wollte vergeblich der Verunsicherung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Bruderholzspitals ein Ende setzen.

Auch SP, FDP und CVP würdigten zwar das Engagement, das mit der Petition für den Erhalt des Bruderholzspitals ausgedrückt wurde. Sven Inäbnit (FDP) meinte aber, es sei «der falsche Weg», bei der Behandlung einer Petition einen gesundheitspolitischen Dis-

kurs zu führen. «Asche aufs Haupt» streute sich Hanni Huggel (SP), die ihren vorschnellen Entscheid in der Kommission bedauerte.

Regierungsrat Thomas Weber freute sich zwar, dass das Bruderholzspital Wertschätzung geniesse. Die Eigentümerstrategie sehe zwar «mehrere Standorte» des Kantonsspitals für die Grundversorgung vor. Es brauche jetzt aber etwas Geduld. Der Zeitpunkt sei nicht gekommen, bereits präjudizierende Beschlüsse zu fassen. Zuerst müsse die Diskussion darüber geführt werden.

Nachrichten

Beiträge an Kurse für Lehrlinge verdoppelt

Liestal. Die Beiträge des Kantons an die überbetrieblichen Kurse für Lehrlinge sollen doppelt so hoch sein wie sie die interkantonale Berufsfachschulvereinbarung (BFSV) festlegt. Und zwar unabhängig davon, ob sich der Kursort inner- oder ausserhalb des Kantons befindet. Voraussetzung ist lediglich, dass die berufliche Ausbildung in einem Baslerbieter Lehrbetrieb erfolgt. Der Landrat hat gestern die erste Lesung für eine entsprechende Revision des Bildungsgesetzes durchgeführt. Reserviert gegenüber der Massnahme zeigten sich einzig die Grünen, die darin eine Steuererleichterung für die Wirtschaft sehen. Die Gesetzesrevision geht zurück auf eine Motion von Urs Berger (CVP) aus dem Jahr 2009. Gu

Weiterbildungskurse sollen storniert werden

Liestal. Jürg Wiedemann (Grüne-Unabhängige) bittet den Regierungsrat in einem gestern eingereichten Postulat, eine Stornierung der Weiterbildungskurse für Lehrer im Zusammenhang mit den Fremdsprache-Lehrmitteln «Mille feuilles» und «New Word» zu prüfen. Fremdsprachen-Lehrkräfte sollen im Herbst während 24 Tagen in die beiden Lehrmittel eingeführt werden. Die Kritik der Lehrerschaft daran ist laut Wiedemann teilweise heftig, werde aber von der Bildungsdirektion ausgeblendet. Mitunterzeichnet haben den Vorstoss Paul Wenger (SVP), Caroline Mall (SVP), Regina Werthmüller (parteilos) und Marco Born (FDP). Gu